

Die Konsultation der EU-Kommission zum Investitionsschutz: Was lernen wir daraus über die TTIP-Verhandlungen?

Markus Krajewski

2014-05-27T11:42:28

Ein kurzer Blick zurück: Die öffentlich und medial aufgeladene Kritik an einem Investitionsschutzkapitel einschließlich der Möglichkeit von Investor-Staat-Streitbeilegung im TTIP führte dazu, dass sich die Kommission am 21. Januar 2014 dazu genötigt sah, eine öffentliche Konsultation zu diesem Thema durchzuführen. Auf meine Frage, warum die Konsultation nur zu diesem und nicht zu anderen strittigen Themen wie Dienstleistungsliberalisierung und regulatorische Kooperation durchgeführt würde, antwortete ein Kommissionsbeamter aus dem TTIP-Verhandlungsteam: „Wir wurden dazu gezwungen“. Das bedeutet zweierlei: Erstes, von selbst hätte die Kommission diesen Schritt – [trotz ihrer Beteuerungen, transparent zu verhandeln](#) und alle Betroffenen ausreichend zu informieren – nicht unternommen. Zweitens, Konsultationen zu anderen Themen wird es nur geben, wenn die Öffentlichkeit sie vehement einfordert.

Anders als in den Medien seinerzeit gelegentlich berichtet, war damit jedoch kein generelles Verhandlungsmoratorium verbunden. Vielmehr erklärte [Kommissar de Gucht](#): „Ich lese heute jedoch Schlagzeilen, die behaupten, dass die TTIP-Verhandlungen – oder zumindest ein Teil der Verhandlungen – ausgesetzt werden sollen. Das ist nicht richtig. Der Verhandlungsprozess läuft (...) auf Hochtouren weiter, die nächste Verhandlungsrunde steht Mitte März an. Nur beim Thema ISDS drücken wir auf den "Pause-Knopf".“

Die [Kommission versprach](#), dass sie im März 2014 einen Textvorschlag der EU für die Verhandlungen zum Investitionsschutz im TTIP veröffentlichen würde:

EU Trade Commissioner Karel De Gucht today announced his decision to consult the public on the investment provisions of a future EU-US trade deal (...). In early March, he will publish a proposed EU text for the investment part of the talks which will include sections on investment protection and on investor-to-state dispute settlement, or ISDS.

Daher war allgemein erwartet worden, dass ein in die TTIP-Verhandlungen eingeführter Text veröffentlicht werden würde. Dem war jedoch nicht so. Für die am 27. März 2014 begonnene öffentliche Online-Konsultation über Investorenschutz in der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft greift die Kommission auf Textbeispiele aus dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) zurück.

Das Konsultationsdokument gliedert sich im Wesentlichen in zwölf Fragen, die jeweils mit Textreferenzen aus dem CETA erläutert werden. Die Struktur der

zwölf Fragen folgt einem einheitlichen Muster: Nach einer kurzen Erklärung des Gegenstands der Frage folgt eine Darstellung, wie dieser in den meisten Investitionsabkommen behandelt wird, um sodann die Ziele und den Ansatz der EU zu erläutern. Bereits diese Struktur ist kritikwürdig. Die Charakterisierung des Inhalts der „meisten Investitionsschutzabkommen“ erweckt den Eindruck, dass in den meisten Abkommen die von der EU vorgeschlagenen Ideen nicht vorhanden seien und dass der EU-Ansatz daher innovativ und progressiv sei. Es soll der Eindruck entstehen, die EU stelle dem traditionellen Ansatz einen innovativen Ansatz gegenüber.

Dieser Eindruck wird durch die tabellarische Gegenüberstellung des „traditionellen Ansatzes“ und des EU-Ansatzes im Anhang des Dokuments verstärkt. Die linke Säule der Tabellen, die den traditionellen Ansatz enthält, ist überwiegend leer. Die rechte Säule, in der der EU-Ansatz abgedruckt ist, ist dagegen gefüllt mit detaillierten Vorschriften. Hier wird bereits rein optisch suggeriert, der EU-Ansatz sei eine erhebliche Verbesserung. Neben der suggestiven Struktur der Darstellung ist auch empirisch zweifelhaft, auf welcher Grundlage die Kommission den Inhalt des traditionellen Ansatzes ermittelt haben will. Sie spricht stets allgemein von „most existing investment agreements“, ohne auch nur ein einziges anderes Abkommen oder andere Belege für ihre Charakterisierung zu nennen. Tatsächlich lassen sich zahlreiche Vorschläge, die die Kommission als Innovationsleistungen anpreisen will, bereits in anderen Investitionsverträgen nachweisen.

Das Konsultationsdokument spricht wiederholt vom „EU approach“, ohne dass erläutert wird, was damit gemeint sein soll. Da es weder ein EU-Musterabkommen für Investitionsschutzabkommen oder -kapitel gibt noch ein einziges unterzeichnetes Abkommen mit Investitionsschutzvorschriften, an dessen Verhandlung die EU maßgeblich beteiligt gewesen wäre, lässt sich der „EU approach“ am ehesten als allgemeine Wunschvorstellungen der Kommission beschreiben. Es ist daher umso bemerkenswerter, dass diese Wunschvorstellungen mit Textauszügen aus dem – zwischen der EU und Kanada – ausgehandelten CETA illustriert werden. Da nicht anzunehmen ist, dass die Kommission ihre Wünsche in den Verhandlungen mit Kanada vollständig durchsetzen konnte, fragt sich, ob die Kommission den „EU approach“ unter dem Eindruck der Verhandlungen mit Kanada bereits angepasst hat oder überhaupt erst auf der Grundlage dieses Ergebnisses formuliert hat.

In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass sich verschiedene Textteile des CETA-Textes wortgleich oder jedenfalls sinngemäß auch im kanadischen Musterabkommen für bilaterale Investitionsschutzabkommen finden lassen. Insofern dürfte der im Konsultationsdokument erläuterte „EU approach“ zu einem großen Umfang von kanadischen Vorstellungen geprägt sein. Das ist zwar per se nicht problematisch, relativiert die eigene schöpferische Leistung der Kommission jedoch.

In jedem Fall lässt sich festhalten, dass das Konsultationsdokument keine Auskunft darüber gibt, was die EU in den TTIP-Verhandlungen zum Thema Investitionsschutz vorgeschlagen hat oder vorschlagen will. Es ist nicht einmal erkennbar, ob die Kommission überhaupt bereits eine spezifische Position für das TTIP entwickelt hat.

Schließlich ist noch anzumerken, dass auf der Grundlage des Konsultationsdokuments auch keine abschließende Bewertung des Investitionsschutzkapitels im CETA möglich ist, da unklar ist, ob alle relevanten Vorschriften veröffentlicht wurden und in welchem weiteren Kontext die einzelnen Vorschriften stehen. Eine abschließende Bewertung des CETA ist erst mit der Veröffentlichung des vollständigen Texts möglich, auf die mehr denn je gedrungen werden sollte.

Anmerkung: Dieser Text beruht auf Teilen eines [Gutachtens des Verfassers für die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen](#).

